Datenschutzhinweise und Informationen

gemäß Artikel 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen eines Antrags, einer Anzeige oder einer Meldung von

Erdaufschlüssen

durch die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises

Diese Informationen dienen der Transparenz, wie die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises, mit Ihren personenbezogenen Daten umgeht.

Der Schutz von personenbezogenen Daten genießt bei uns einen sehr hohen Stellenwert, deshalb erfolgt die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ausnahmslos im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere gemäß der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), des Landesdatenschutzgesetzes Rheinland-Pfalz (LDSG), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und spezialgesetzlicher Regelungen, wie hier vor allem nach dem **Wasserhaushaltsgesetz.**

Demnach sind natürliche als auch juristische Personen nach dem § 49 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) dazu verpflichtet, Erdaufschlüsse der zuständigen Wasserbehörde anzuzeigen, zu melden oder eine Erlaubnis für sie einzuholen. Erdaufschlüsse sind Arbeiten und Bohrungen, die so tief in den Boden eindringen, dass sie sich unmittelbar oder mittelbar auf das Grundwasser auswirken können.

Es geht dabei um die

- **Erlaubnisbeantragung und -erteilung für Erdaufschlüsse**
- **Anzeige und Entgegennahme von geplanten Erdaufschlüssen**
- **Meldung und Entgegennahme unbeabsichtigter Grundwassererschließungen**

Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit einem internetbasierten Antrags- bzw. Meldevorgang ist vor allem durch das Onlinezugangsgesetz in Verbindung mit dem Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Rheinland-Pfalz (E-Government-Gesetz Rheinland-Pfalz – EGovGRP) legitimiert. Ihre Daten werden dabei digitalisiert bzw. auch ggfls. manuell verarbeitet, d. h. Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert, ggfls. ausgedruckt und übermittelt; dies vorrangig gemäß Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c und e DSGVO teils in Verbindung mit (i.V.m.) § 3 LDSG i.V.m. den einschlägigen §§ des Wasserhaushaltsgesetzes u.a.

Personenbezogene Daten sind grundsätzlich bei dem / der Betroffenen zu erheben. Bei Vorliegen einer gesetzlichen Grundlage, Vollmacht oder Ihrer Einwilligung können im konkreten Fall personenbezogene Daten jedoch auch bei Dritten erhoben werden.

Besonderheiten bei Nutzung eines digitalen Portals (hier „Erdaufschlüsse digital“):
Bei Nutzung eines Online-Portals zur digitalen Antragstellung (Antrag, Erteilung, Anzeige, Entgegennahme und Meldung unbeabsichtigter Erschließung) der oben genannten Leistungen, **können sich andere datenschutzrechtliche Verantwortlichkeiten ergeben, die Sie bitte den Datenschutzhinweisen im Portal entnehmen.**

Insbesondere ist zu beachten, dass zunächst die Verantwortlichkeit bei einer digitalen Leistungsbeantragung im Portal ggfls. zunächst **NICHT** bei der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises liegt, sondern beim Portalbetreiber. Ebenso ergeben sich bei Nutzung von Zusatzdiensten wie ELSTER, BUND-ID oder Pay-Funktionen ggfls. andere Verantwortlichkeiten, die beim jeweiligen Bearbeitungsschritt ebenso als Hinweise im Portal hinterlegt sind.

Die fachliche Bearbeitung Ihres Anliegens obliegt allerdings der Verantwortlichkeit der Kreisverwaltung, sobald Ihr Antrag von der Kreisverwaltung zur weiteren Bearbeitung aus dem Portal übernommen wurde und ggfls. bis zur Beantwortung über das Portal wieder abgeschickt wird. Es gelten dann die hier vorliegenden Datenschutzhinweise.

1. Verantwortliche für die Datenverarbeitung

Verantwortlich für die Verarbeitung der erhobenen, personenbezogenen Daten ist die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises, soweit dieser die Verantwortlichkeit zuzuordnen ist, vertreten durch den Landrat des Westerwaldkreises
Peter-Altmeier-Platz 1, 56410 Montabaur
Telefon: (+49)2602 124-0, Telefax: (+49)2602 124-238
E-Mail: kreisverwaltung@westerwaldkreis.de
Webseite: https://www.westerwaldkreis.de/

2. Datenschutzbeauftragte

Die behördliche Datenschutz- und Transparenzbeauftragte der Kreisverwaltung erreichen Sie unter der Postanschrift:
Datenschutzbeauftragte
Peter-Altmeier-Platz 1, 56410 Montabaur
oder unter folgender E-Mail-Adresse: datenschutz@westerwaldkreis.de, Telefon: 02602 124-792
Sie können sich bzgl. datenschutzrechtlicher Fragen gerne jederzeit an unsere behördliche Datenschutzbeauftragte wenden.

3. Verarbeitungszwecke

Die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten ist notwendig, um über Ihre

- Erlaubnisbeantragung und -erteilung für Erdaufschlüsse
- Anzeige und Entgegennahme von geplanten Erdaufschlüssen
- Meldung und Entgegennahme unbeabsichtigter Grundwassererschließungen

entscheiden zu können.
Dabei handelt es sich, wie bereits oben dargestellt, um Leistungen nach den Bestimmungen (vorrangig)

- des Wasserhaushaltsgesetzes
- ggfls. das Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)
- sowie weiterer Rechtsgrundlagen, insbesondere bei Leistungen/Gebühren/Steuern usw.

4. Informationen zur Weiterverarbeitung und Übermittlung personenbezogener Daten

- Datenkategorien und weitere Empfänger der Daten

Um Ihren Antrag, eine Anzeige oder einer Meldung (bzw. Anfrage) bearbeiten zu können, werden verschiedene Kategorien an Daten (wie z.B. Ihre Kontaktdaten usw.) erhoben. Ihre personenbezogenen Daten werden dann, soweit dies zur Bearbeitung jeweils zweckdienlich bzw. erforderlich ist, folgendermaßen weiterverarbeitet und auch an andere, zuständige Stellen übermittelt:

Datenkategorien
Im Antrag oder Ihrer Anfrage können einzelfallabhängig nachfolgende Datenkategorien erhoben und im Rahmen der weiteren Fallbearbeitung verarbeitet werden, wobei diese Aufzählung nicht abschließend ist und sich im Fachverfahren zusätzliche Datenkategorien ergeben können:

- Anrede
- Vornamen (bei Ansprechpartnern optional) − Nachname – Doktorgrade
- E-Mail-Adresse − Telefon-/ Faxnummer − Anschrift: Straße, Nummer, Postleitzahl, Ort
- Erreichbarkeit − Funktion und Rolle (bei Ansprechpartnern)
- Metadaten, die zur Sicherung der Identifizierung des Antrages in der Regel zusätzlich übermittelt werden: Antrags-ID − Kontaktdaten des Antrags − Nutzerkontodaten: − Bund-ID-Mail − Vor- und Nachname − Geburtsdatum − Geburtsort − Nationalität − PLZ – Anschrift

Es können weitere Nachweise und Datenkategorien, je nach Fallkonstellation und Rechtsgrundlage benötigt werden oder weniger Angaben bei einer bloßen Anfrage oder Auskunftserteilung. Die Auflistung der hier dargelegten Datenkategorien und Erhebung personenbezogener Daten ist daher unter Umständen nicht abschließend oder es werden nur Teilkategorien benötigt.

Zudem ist zu beachten, dass ggfls. im Portal Cookie Richtlinien gelten, die dort einzusehen sind, und sich der Verantwortlichkeit der Kreisverwaltung entziehen, da die Kreisverwaltung kein verantwortlicher Portalbetreiber ist.

Das heißt es besteht eine Verantwortlichkeit der Kreisverwaltung nach folgendem Schema, soweit zutreffend:

Zweck und Leistung	**Datenübermittlungen (Verantwortlichkeit soweit der Antrag aus dem Portal zur Bearbeitung aufgegriffen und wieder in das Portal eingestellt wird)**
Obere und untere Wasserbehörden (Kreisverwaltung als untere Wasserbehörde)	Bearbeitung der Anträge und Versand des Bescheids als Rückkanal

Erhebung der Daten gegebenenfalls bei Dritten
Wie bereits dargestellt, kann bei Vorliegen einer gesetzlichen Grundlage oder Ihrer Einwilligung Ihre personenbezogenen Daten auch bei Dritten erhoben werden. Falls die Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, stammen diese vorrangig aus folgenden Quellen:
• bei Nutzung des Portals können Metadaten übermittelt werden
• genutzte Dienstleister (ggfls. Elster, Pay-Dienstleister, Bund-ID usw.)
• weitere, gesetzlich legitimierte Stellen • ggfls. Bevollmächtigte

Falls gesetzlich legitimiert, müssen Ihre personenbezogenen Daten zudem an weitere Empfänger weitergeleitet werden:
Ihre personenbezogenen Daten werden in der Regel an die zuständigen Stellen weitergegeben wie die

- je nach Bearbeitungsschritt ggfls. die Obere Wasserbehörde
- Im Rahmen der Rückantwort über das Portal (Rückkanal) externe Cloud Hosting Dienstleister des Portalbetreibers
- ggfls. Rückmeldung an die gewählte Bezahlplattform e-Payment Bund Länder (ePayBL)
- ggfls. Kassenamt
- ggfls. Bevollmächtigte
- ggfls. Polizei- und Strafverfolgungsbehörden, Amts- und Staatsanwaltschaften, Meldebehörden ggfls. Bundeszentralregister, Staatsanwaltschaftliches zentrales Verfahrensregister im legitimierten Einzelfall, bzw. zur Durchführung von gerichtlichen Verfahren einschließlich Strafverfahren oder Ordnungswidrigkeitsverfahren
- weitere öffentliche Stellen, soweit sich im weiteren Verfahren ergibt, dass eine Weiterleitung der personenbezogenen Daten nach den geltenden Rechtsvorschriften erforderlich und zulässig ist, z.B. Rückmeldung an Elster u.a.
- HINWEIS: Bei Nutzung des Online-Portals und Serverbereitstellung durch den Protalbetreiber kann der Betreiber des Portals auch Empfänger und damit allein bzw. gemeinsamer datenschutzrechtlicher Verantwortlicher Ihrer personenbezogenen Daten sein (siehe dazu die jeweiligen Datenschutzhinweise im Portal); zudem können sich bei Nutzung des Portals je nach Bearbeitungsschritt (z.B. Bund-ID als weiterer Empfänger) weitere unterschiedliche datenschutzrechtliche Verantwortlichkeiten ergeben, die ebenso den jeweiligen Datenschutzhinweisen im Portal entnommen werden können.
  Mit Annahme Ihres Antrags aus dem Portal und der fachlichen Weiterbearbeitung Ihres Anliegens durch die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises ist jedoch die Kreisverwaltung ab diesem Zeitpunkt datenschutzrechtlich verantwortlich, es gelten dann die hier vorliegenden Datenschutzhinweise, bis zu dem Zeitpunkt der Rückantwort Absenden) über das Portal.

5. Datenschutzrechtliche Legitimation - Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung

Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der die Kreisverwaltung unterliegt, dient Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe c i.V.m. Art. 6 Abs. 3 Satz 1 Buchstabe b DSGVO ggfls. i.V.m. § 3 LDSG als Rechtsgrundlage.

Ist die Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe bzw. Bearbeitung, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, erforderlich, so dient Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe e i.V.m. Art. 6 Abs. 3 Satz 1 Buchstabe b DSGVO i.V.m. § 3 LDSG als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung. Darüber hinaus gelten die damit in Verbindung stehenden spezialgesetzlichen Regelungen, wie z.B. das Wasserhaushaltsgesetz u.a.

Für den Fall, dass lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen, dient Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe d DSGVO als Rechtsgrundlage.

Rechtsgrundlage bei Bearbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten ist Art. 9 Abs.2 Buchstabe a) - j) DSGVO i.V.m. Art.9 Abs. 3 und 4 DSGVO, soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden, zum Zwecke der Erfüllung des fachspezifischen Aufgabenkatalogs.

Nur der Vollständigkeit halber: Sollten Sie eine Einwilligung erteilt haben, so ist Art.6 Abs.1 Buchstabe a DSGVO einschlägig, im Rahmen eines Vertrages Art.6 Abs.1 Buchstabe b DSGVO.

6. Auftragsverarbeiter

Bedienen wir uns eines Auftrags(daten)verarbeiters (z.B. IT-Dienstleister, Scandienstleister usw.), also jemanden, der in unserem Auftrag als Dienstleister für uns Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet (z.B. Verarbeitung in Softwarelösungen von Dienstleistern, auch einscannen, E-Akte usw.), so schließen wir mit unseren Dienstleistern einen Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Art. 28 Abs. 3 DSGVO ab.

Damit verpflichten wir unsere Dienstleister zur Datenschutzkonformität und uneingeschränkten Anerkennung und Ausführung der Datenschutzgrundverordnung und weiterführender Gesetze und Verordnungen bei Erfüllung der dem Dienstleister übertragenen Aufgaben. Dies unter ergänzender Berücksichtigung und Verpflichtung bei der Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten, im Sinne des Art.9 Abs.2 Buchstabe a) bis j) DSGVO, falls eine Auftragskonstellation dieser Art vorliegt.

Es kann aber auch zu einer alleinigen Verantwortlichkeit des Portalbetreibers gemäß der Zuweisung von Verantwortlichkeiten im Sinne der DSGVO kommen. Dies entnehmen Sie bitte den Datenschutzhinweisen des jeweiligen Portals. In diesem Fall ist Portalbetreiber die Sächsische Staatskanzlei ggfls. in gemeinsamer Verantwortung der (nach-)nutzenden Länder.

Die fachliche Bearbeitung Ihres Anliegens obliegt allerdings der Verantwortlichkeit der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises, sobald Ihr Antrag von der Kreisverwaltung zur weiteren Bearbeitung aus dem Portal übernommen wurde bzw. über das Portal zurückgesandt wurde. Es gelten dann ausschließlich diese Datenschutzhinweise.

7. Speicherdauer

Ihre Daten werden nach der Erhebung und ggf. Weiterleitung bei der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsbestimmungen des Bundes und der Länder für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Hinsichtlich der Löschfristen bei Antragstellung im Portal gelten die dort im Portal unter Löschfristen aufgezeigten Fristen.

8. Kategorien personenbezogener Daten

Die Kreisverwaltung verarbeitet neben personenbezogenen Daten im Sinne des Art. 5 der DSGVO auch in Ausnahmefällen bei solchen Antragstrecken ggfls. besondere Kategorien personenbezogener Daten, wie ggfls. z.B. sensible Gesundheitsdaten (z.B. als Hinderungsgrund einer Rechtgeschäftsfähigkeit, mögliche Warnungen vom Verfassungsschutz usw.) entsprechend der Kategorisierung des Art. 9 DSGVO. Die Verarbeitung findet statt, soweit dies zur konkreten, übertragenen Aufgabenerfüllung gemäß Art.9 Abs.2 Buchstabe a) - j) DSGVO notwendig, zweckmäßig und gesetzlich legitimiert ist.

9. Betroffenenrechte

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i.S.d. DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen (Kontaktdaten der Verantwortlichen, der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises, siehe Ziffer 1 dieses Datenschutzhinweises) zu, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen und keine höherrangigen, gesetzlich legitimierten Gründe (wie z.B. Gefahrenabwehr, personenbezogene Daten Dritter, missbräuchliche Ausübung usw.) dagegensprechen:

9.1 Auskunftsrecht

Sie können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von dem Verantwortlichen über folgende Informationen Auskunft verlangen:

(1) die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
(2) die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
(3) die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
(4) die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden, personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
(5) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden, personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
(6) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
(7) alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden;
(8) Auskunft darüber, ob eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 DSGVO stattfindet. Im Falle des Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person;
(9) Ihnen steht außerdem das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten ggfls. in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

9.2 Recht auf Berichtigung

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind.

9.3 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

(1) wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden, personenbezogenen Daten bestreiten: für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;

(2) wenn die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
(3) wenn der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
(4) wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

9.4 Recht auf Übertragbarkeit der Daten

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie vom Verantwortlichen verlangen, die Sie betreffenden und von Ihnen bereitgestellten, personenbezogenen Daten zu erhalten und diese Daten in den in Art. 20 Abs. 1 Buchstabe a und Buchstabe b DSGVO benannten Fällen, einem anderen Verantwortlichen übermitteln zu lassen.

9.5 Recht auf Löschung

a) Löschungspflicht

Sie können von dem Verantwortlichen verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

(1) die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
(2) Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe a oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung
(3) Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gemäß Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein
(4) die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet
(5) die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt
(6) die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

b) Ausnahmen zum Recht auf Löschung

Eine Löschung Ihrer personenbezogenen Daten kann nicht stattfinden, soweit die Verarbeitung der Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung dient, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;

Ebenso aus Gründen des öffentlichen Interesses in Fällen gemäß Art. 9 Abs. 2 Buchstabe h und i (als Beispiel u.a. die öffentliche Gesundheit) sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO; bzw. für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Ziffer 9.5 a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

9.6 Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung

Sie als betroffene Person haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender, personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen, Art. 21 DSGVO; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen zwingende, schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

10. Widerruf der Einwilligung

Werden Daten auf der Grundlage einer Einwilligung des Betroffenen verarbeitet, kann die Einwilligung jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung bleibt davon unberührt.

11. Beschwerderecht

Sind Sie der Meinung Ihre personenbezogenen Daten werden nicht ordnungsgemäß vom Verantwortlichen verarbeitet oder Ihren Betroffenenrechten werde nicht genügend Abhilfe geleistet, so steht Ihnen uneingeschränkt die Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu. Sie, als betroffene Person, haben in diesem Fall die Möglichkeit, sich an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in Mainz, mittels folgender Kontaktalternativen, direkt zu wenden:

Postanschrift: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Postfach 30 40, 55020 Mainz

Besucheradresse: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz

Telefon: +49 (0) 6131 8920-0 Telefax: +49 (0) 6131 8920-299
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de Webseite: https://www.datenschutz.rlp.de/

12. Mitwirkungspflichten, Auskunftspflichten und Folgen der Nichtbeachtung

Aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen ergeben sich aber auch für Sie, als betroffene Person oder für Sie, als gesetzlicher Vertreter einer betroffenen Person, unter Umständen Mitwirkungspflichten. Das bedeutet, dass die betroffene Person alle Tatsachen angeben muss, ebenso Änderungen in den persönlichen Verhältnissen, die Auswirkungen auf die spezialgesetzliche Würdigung und Bearbeitung des Einzelfalles haben können. Die Mitwirkungspflichten gelten auch im Rahmen von ggfls. Vermittlungsleistungen. Zu den Mitwirkungspflichten zählen auch die Vorlage von entscheidungsrelevanten Unterlagen, die Zustimmung zur Auskunftseinholung bei Dritten, ggfls. das persönliche Erscheinen, soweit dies zur Bearbeitung nötig ist. Im Falle der Nichtbeachtung können Nachteile bzw. Sanktionen entstehen, da eine Bearbeitung ggfls. dann nicht mehr möglich ist und/oder aufgrund fehlender oder fehlerhafter Informationen Entscheidungen abweichend vom tatsächlichen Sachverhalt getroffen werden.

13. automatisierter Abgleich

Im Rahmen bestimmter Leistungen können persönliche Daten mit den sonstigen ermittelten Daten automatisiert abgeglichen werden, um so eine passgenaue Bearbeitung zu ermöglichen, dies nur, wenn es gesetzlich und fall- sowie zweckbezogen legitimiert ist, so z.B. im Falle des

- ggfls. Abgleichs mit der Meldebehörde zur Meldeanschriften
- ggfls. mit Versicherungsgesellschaften (falls legitimiert)
- andere legitimierte Stellen (z.B. ggfls. Katasteramt, interner Abgleich – Umweltamt u.a.)

Sich ergebende Verdachtsfälle einer Ordnungswidrigkeit werden dabei (nach Prüfung des Einzelfalles vorab) entsprechend verfolgt.

14. automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DSGVO

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht für eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling genutzt (Art. 13 Abs. 2 Buchstabe f DSGVO).

15. Zweckänderung

Die Verwendung personenbezogener Daten zu anderen Zwecken als dem Erhebungszweck ist nur im Rahmen der unter Ziffer 3 genannten Verarbeitungszwecke zulässig und sofern der neue Zweck mit dem Erhebungszweck kompatibel ist.

16. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Eine Übermittlung an Drittländer oder internationale Organisationen findet auf Grundlage von Art. 13 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO in der Regel nicht statt, Abweichungen müssen gesetzlich legitimiert sein und der Betroffene ist entsprechend zu informieren, soweit keine zwingenden, gesetzlichen Gründe gegen eine solche Information sprechen.

17. Weitere Informationen

Weitergehende Informationen entnehmen Sie bitte unserer Webseite bzw. der Datenschutzerklärung und dem Impressum auf unserer Webseite unter https://www.westerwaldkreis.de/ Dort finden Sie auch Auskunft über eine sichere, elektronische Kommunikation mit der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises.

18. Aktualisierung der Datenschutzhinweise

Gelegentlich ist es notwendig fachspezifische Datenschutzhinweise der aktuellen Gesetzeslage oder Rechtsprechung anzupassen. Auf unserer Homepage des Westerwaldkreises ist jeweils die aktuellste Version unter „Datenschutzhinweise nach Leistungen“ hinterlegt und kann dort als PDF heruntergeladen werden.